

Antrag
des
Sozial-Ausschusses

über den Antrag der Abgeordneten Pfister, Weninger, Kocevar, Prischl, Mag. Samwald, Mag.^a Scheele, Schindele, Schmidt, Schnabl, Mag. Dr. Spenger, Mag.^a Suchan-Mayr und Zonschits betreffend Entgelt statt Taschengeld für Menschen, die in Beschäftigungstherapiewerkstätten arbeiten

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

„Die Landesregierung wird ersucht, an die Bundesregierung heranzutreten und diese aufzufordern,

1. eine eigene, auf ihre Tätigkeit bezogene, sozialversicherungsrechtliche Absicherung für Menschen, die in Beschäftigungstherapiewerkstätten arbeiten, zu schaffen sowie
2. neue Modelle der Entlohnung anstelle des bisherigen „Taschengeldsystems“ auszuarbeiten.“

Mag. Scheele
Berichterstatlerin

Erber, MBA
Obmann